

International gegen die Diktatur der Banken und Konzerne



20 Millionen Menschen in den Staaten der Europäischen Union (EU) sind arbeitslos. In der Euro-Zone ist jeder fünfte Jugendliche ohne Job. 60 Millionen Menschen leben an der Armutsgrenze. Der EU-Gipfel vom 3. bis 6. Juni in Köln wird keinem Arbeitslosen in Europa einen Job und keinem Jugendlichen eine Perspektive bringen.

Die EU und der Euro sind das Europa des Kapitals. EU-Kommission und Europäische Zentralbank sind Agenturen der Konzerne und Banken. Die Politik der EU und der Europäischen Währungsunion (EWU) dient den Profitinteressen der Reichen und Superreichen in Europa.

Die Euro-Konvergenzkriterien zur Begrenzung der Staatsverschuldung dienen als Knüttel für Sozialabbau, Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst, Rückzug des Staates aus der Krankenhausfinanzierung. Für SchülerInnen und Studierende in Europa bedeutet das: Rotstiftpolitik an Schulen und Hochschulen, Schließung von öffentlichen Jugend- und Freizeiteinrichtungen.

Privatisierung und Deregulierung sind erklärte Ziele der EU und dienen einzig und allein den Profitinteressen der Unternehmer. Die Post war einst größter Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der BRD. Durch ihre Zerschlagung und Privatisierung wurden daraus die größten Arbeits- und Ausbildungsplatzvernichter. Die Bundesbahn soll durch Streckenstilllegungen, Fahrpreiserhöhungen und durch den Abbau von 100.000 Stellen und weiteren Ausbildungsplätzen für den Börsengang profitabel gemacht werden. Die Serie von Unfällen bei der Bahn ist auch Folge massiver Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsüberlastung. Die Liberalisierung des Verkehrsmarktes stellt die LKW-Fahrer vor die Wahl, entweder ihren Job zu verlieren oder durch Übermüdung folgenschwere Unfälle zu riskieren. Jugendliche werden ausgenutzt, um das Lohnniveau zu senken. Das 2-Milliarden-Programm der Bundesregierung zur Schaffung von 100.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche wird von der EU mit 700 Millionen DM bezuschußt. Es ist ein Subventionsprogramm für Unternehmer. Jugendlichen, die selbst miese Jobs und Lehrstellen nicht annehmen, soll die Sozialhilfe gestrichen werden. Auch in Frankreich wurde die Jugend benutzt, um Billiglöhne allgemein durchzusetzen.

Festung Europa

Während die EU-Staaten einerseits Diktaturen unterstützen, bauen sie eine Festung gegen ImmigrantInnen auf, die wegen den Verhältnissen in ihren Heimatländern zur Flucht gezwungen sind. Mindestens eine halbe Million Flüchtlinge wurden zwischen 1995 und 1997 aus den EU-Staaten ausgewiesen. Angeblich belasten die Flüchtlinge den Staatshaushalt. Gleichzeitig geben die EU-Staaten 114 Milliarden DM für das Kampfflugzeug Eurofighter aus. Das ist mehr, als nach UN-Angaben für die weltweite Grundversorgung der Menschheit für Gesundheit, Bildung und sauberes Wasser nötig wäre.

Gemeinsamer Widerstand

Der Widerstand gegen das Europa des Kapitals hat bereits begonnen. 1997 demonstrierten 50.000 Gewerkschafter, Arbeitslose und Jugendliche in Amsterdam gegen den EU-Gipfel. Im gleichen Jahr haben Renault-ArbeiterInnen in sieben Ländern gegen die Werksschließung im belgischen Vilvoorde gestreikt. Mit einem europaweiten Aktionstag unter dem Motto „Übermüdung tötet“ protestierten die LKW-Fahrer im September 1998 gegen Arbeitszeiten von 300 bis 400 Stunden im Monat infolge der Liberalisierung der Verkehrsmärkte durch die EU. Am 22. November 1998 folgten in 8 EU-Staaten Eisenbahner einem Streikaufruf der Gewerkschaften gegen die Liberalisierung der

Schiene und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung durch die EU. Am 29. Mai werden Arbeitslose, abhängig Beschäftigte, Gewerkschafter, SchülerInnen, Studierende und Flüchtlinge aus ganz Europa in Köln gegen den EU-Gipfel demonstrieren. Wir rufen alle auf, sich der Demonstration gegen den Bonzengipfel anzuschließen. Wir fordern, daß die DGB-Gewerkschaften dafür mobilisieren.

Neue Arbeiterparteien aufbauen

Mit der Abwahl der konservativen Regierungen a la Thatcher und Kohl hat die Mehrheit der Wähler das Ende der neoliberalen Politik verlangt. In 13 von 15 EU-Staaten regieren sozialdemokratisch geführte Regierungen. Sie betreiben wie ihre konservativen Vorgänger Politik fürs Kapital und werden beim EU-Gipfel in Köln die Pläne für das Europa der Konzerne weiterverfolgen. Europaweit fehlen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend Parteien, die ihre Interessen vertreten. Es müssen neue Arbeiterparteien aufgebaut werden. Die SAV und die mit ihr im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossenen Parteien haben damit begonnen.

Für ein sozialistisches Europa

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Die Banken und Multis beherrschen die Welt. Sie müssen entmachtet werden. Wir sind für ihre Überführung in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Banken und Konzerne. Wir wollen eine Gesellschaft in der sich Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt orientiert und nicht am Profitinteresse einer Minderheit. Der Kapitalismus herrscht weltweit, deshalb muß er weltweit bekämpft werden. Wir kämpfen für ein sozialistisches Europa und eine sozialistische Welt.

Werde Mitglied der SAV

- ich möchte mitfahren nach Köln.
- ich möchte weitere Informationen über eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Schönhauser Allee 26a, 10435 Berlin

Infotelefon (030) 44 084 29

Fax (030) 44 084 29

SAV Sozialistische
Alternative